

### “Sozialreform” zwingt 360.000 Menschen in die Altersarmut !

Ab dem 1. Januar 2008 sind bis zu 360.000 Menschen von dauerhafter Altersarmut bedroht.

Ver.di-Chef Bsirske alarmiert erst sehr spät die Öffentlichkeit: Ab 1. Jan. 2008 können über 60jährige Arbeitslose gegen ihren Willen verrentet werden. Es ist eine Gesetzesänderung gefordert.

**Birgt dieses Thema zuviel Zündstoff für die Mainstream-Medien ?**

**Zur Pressekonferenz des ver.di-Chef Frank Bsirske waren nur sechs Pressevertreter erschienen.**

**Dabei hatte Bsirske wirklich Alarmierendes mitzuteilen:**

Von der Öffentlichkeit längst vergessen, läuft zum Jahresende die sogenannte 58er-Regelung aus, die ursprünglich nur bis Ende 2005 gelten sollte, dann aber noch einmal verlängert wurde. Sie beinhaltet, dass über 58jährige bis zum vollendeten 65. Lebensjahr von sinnlosen Umschulungs- und 1-€-Job-Angeboten unbehelligt Arbeitslosengeld I und dann II beziehen können. Sie fallen damit aus der Arbeitslosenstatistik und haben zugleich kein Anrecht mehr auf Vermittlungsleistungen. (Beratungskunden)

Mit dem Auslaufen der Regelung, deren von der Linksfraktion im Bundestag beantragte Verlängerung die Mehrheit des Parlaments vor zwei Wochen abgelehnt hat, kommen nun Vorschriften des Sozialgesetzbuches II zum Tragen, die vorsehen, dass der Leistungsträger



### Vorsicht Reformen

für über 60jährige Bezieher von Arbeitslosengeld I oder II die Verrentung beantragen muss. Ein Widerspruchsrecht der Betroffenen gibt es nicht. Damit, so Bsirskes Einschätzung, kommen die auf dem Arbeitsmarkt ohnehin benachteiligten Älteren “noch mehr vor die Flinte” als bisher. Bis zu 18 Prozent Rentenabschläge müssen sie hinnehmen. Für zwangsverrentete Menschen, die vor der Arbeitslosigkeit ein geringes Einkommen hatten und daher ergänzende Sozialhilfe zu ihrer Rente beantragen müssen, gelten die Bestimmungen des SGB XII. Damit sind die Kommunen für sie zuständig, auf die nach Angaben Bsirskes 50 bis 100 Millionen Euro zusätzliche Belastungen jährlich zukommen würden. **Der besondere Skandal: Für die Betroffenen gelten nicht mehr die Bestimmungen der Hartz-Gesetze zu den nicht antastbaren Ersparnis-**

sen. Ein ALG-II-Bezieher darf pro Lebensjahr 250 Euro an Ersparnissen behalten, ein 60jähriger käme damit also auf einen “Freibetrag” von bis zu 15.000 Euro. **Unfreiwillige Frührentner müssen diese Ersparnisse nun aber erst so gut wie vollständig aufbrauchen**, bevor sie die Altersgrundsicherung bzw. ergänzende Sozialhilfe beantragen dürfen. **Erst, wenn sie nur noch 1.600 Euro auf der hohen Kante haben, dürfen sie Sozialhilfe beantragen. Damit wird jede private Altersvorsorge ad absurdum geführt.** Betroffen sind übrigens nicht nur Erwerbslose, sondern auch so genannte Aufstocker, deren Erwerbseinkommen nicht zum Leben reicht und die deshalb ergänzend ALG II erhalten. Darüber hinaus gilt das auch für Kinder und (hochbetagte) Eltern der Zwangsrentner, die wieder zu Unterhaltszahlungen verdonnert werden können. Die 58er-Regelung will ver.di unterdessen nicht verlängert wissen. Frank Bsirske betonte, den damit verbundenen völligen Ausschluss der Betroffenen vom Arbeitsmarkt halte er nicht für sinnvoll. Deshalb hat er in einem offenen Brief an die Mitglieder des Bundestagsausschusses für Arbeit und Soziales eine Gesetzesinitiative gefordert, die die geltenden Regelungen des § 2 im Sozial-Gesetzbuch II zur Zwangsverrentung aufhebt. Quelle: junge Welt vom 26.10.2007 <http://www.jungewelt.de> (Alp)

#### 1-€uro-Jobs

Veranstaltung “Gelegenheit macht Arbeit” fand kaum positiven Anklang.

Podium der Befürworter konnte abermals nicht überzeugen.

siehe Seite 4

#### 1-€uro-Jobs

Abschlussbericht einer Studie über den “dritten Arbeitsmarkt” und Ein-Euro-Jobs klärt auf:

Faktisch sind die 1-€-Jobber in einem rechtsfreien Raum.

siehe Seite 5

#### 1-€uro-Jobs

BundesArbeitsGericht zeigt einer 1-€-Jobberin “lange Nase” (AZ.: 5 AZR 857/ 06)

Ätisch, Arbeitsgelegenheiten sind KEINE Arbeitsverhältnisse !

siehe Seite 6

Direkt oder indirekt betroffen ? - Erwerbslos ? - ALG-II- oder Sozialgeldempfänger ? Zu Risiken und Nebenwirkungen empfehlen wir den solidarischen Zusammenschluss, Aufnahme des Kampfes in Gruppen, in denen sich Gleichgesinnte bereits zusammengeschlossen haben. **Kontakte siehe letzte Seite**

**@l p t r a u m - eine kostenlose Zeitung der Projektgruppe gegen die Agenda 2010**

Wir treffen uns z.B. jeden Montag 18.00 Uhr bei der Montagskundgebung am Schillerdenkmal.

**MitstreiterInnen sind herzlich willkommen !**

[www.alptraum.org](http://www.alptraum.org) - [info@gegen-sozialabbau.de](mailto:info@gegen-sozialabbau.de)



## Öffentlicher Nahverkehr Hannover: Sozial-Tickets sind zugesagt !

**Sozialticket kommt 2008 - Rot-Grün prüft noch, wer genau den Rabatt erhalten soll.**

Seit mehr als zwei Jahren taucht das Thema Sozialticket immer wieder in der Regionspolitik auf. Schließlich lassen die Protagonisten des Sozialbündnis Hannover nicht locker, erinnern die Regionspolitiker regelmäßig mit Aktionen und Unterschriftensammlungen daran, dass Mobilität ein Grundrecht ist. Rot-Grün hat begriffen, ist endlich entschlossen, das Sozialticket für Öffis im Großraum Hannover einzuführen.

In der letzten Regionsversammlung des Verkehrsausschusses fiel die Vorentscheidung: „Einigkeit besteht in der SPD-Grünen-Gruppe, einen Sozialtarif als Modellversuch im nächsten Jahr einzuführen“, teilte die SPD-Regionsfraktion mit. Die Rot-Grün-Mehrheit in der Regionsversammlung will also die im Koalitionsvertrag getroffene Vereinbarung umsetzen und darauf hinarbeiten, dass Bedürftige künftig günstiger mit Bus und Bahn fahren dürfen. „Im April oder Juli 2008 werden wir das Sozialticket einführen“, so Vize-Fraktionschefin der Grünen Doris Klawunde gegen über der Madsack-Presse.

Erst im April 2006 hatte die Verwaltung das Begehren des Sozialbündnis Hannover nach einem Sozialtarif mit einer heute nicht mehr vertretenden Kostenvorgabe von 4,7 Millionen Euro verhindert. Heute wird anders gerechnet.

Es wird von 10 000 Berechtigten in der Region ausgegangen. „Wir sind sehr für ein Sozialticket. Aber die Kosten müsste die Region tragen“, so Üstra-Sprecher Udo Iwannek. Dass die Verkehrsunternehmen (Üstra und Regio-Bus) mit einem um 50 Prozent verbilligten Monatsticket rund 4,7 Millionen Euro weniger einnehmen würden, war schon vor zwei Jahren nicht belegt. Es wird jetzt aber eine Umfrage erfolgen.

Regionspräsident Hauke Jagau (SPD) sieht nicht nur die Kosten, sondern warnt auch: „Familien mit geringem oder mittlerem Einkommen verdienen genauso eine Entlastung.“ Dazu SPD-Fraktionschef Bodo Messerschmidt: „Kommen auch noch Familien hinzu, ist das Sozialticket nicht bezahlbar.“

Das sind abermals die selben Argumente der ewig-gestrigen Hardliner ?

Die Grünen haben hingegen schon klare Vorstellungen wie es funktionieren kann.

„Kriterium für den Sozialtarif kann der ALG-II-Leistungsbescheid sein“, so Frau Klawunde im Vorgespräch mit Vertretern des Sozialbündnis Hannover. Dieses Verfahren erfasse alle betroffenen Gruppen, da ja auch Geringstverdiener beim JobCenter eine Aufstockung als Beihilfe zum Lebensunterhalt beantragen können. Der Nachweis zur Sozialticket-Berechtigung, eine Ausgabe-stelle ist noch nicht konkret geklärt. Die GEZ ist als solche verworfen. Bei der Preisgestaltung gehen die Grünen

davon aus, dass das Einzelticket um 50 Prozent reduziert werden müsste. Das Monatsticket sollte laut Grüne zwischen 20 Euro (so viel kostet ein Schülerticket) und 37 Euro (Seniorenticket) liegen. Die Opposition lehnt das Sozialticket strikt ab. „Es bringt keine soziale Gerechtigkeit, weil zum Beispiel Familien davon ausgeschlossen bleiben“, behauptet CDU-Fraktionschef Eberhard Wicke. Darüber hinaus sei der Verwaltungs- und Kontrollaufwand immens.

**Das ist Quatsch.** Die Gruppe der Berechtigten ist einwandfrei durch Leistungsbescheide der ARGE erfasst.

**Weniger ist mehr !**

**15-20 € kann gezahlt werden, hilft "Schwarzfahrten" vermeiden !** (HaDe)



**@Ibert Einstein im November:**

„Die reinste Form des Wahnsinns ist es, alles beim Alten zu lassen und gleichzeitig zu hoffen, dass sich etwas ändert.“

**(Albert Einstein 1879-1955)**

**Wir unterstützen die Erklärung des Sozialbündnis Hannover und treten für die Schaffung eines SozialTickets für Hannover ein:**

DGB-Region Niedersachsen-Mitte, Ev.-luth.Industriefarramt (KDA), Redaktion Alptraum, Ev.-luth.Stadtkirchenverband Hannover, Arbeitslosen Zentrum Hannover (ALZ), ver.di Ortserwerbslosenausschuss Region Hannover, Arbeitskreis Arbeitslose Linden, IG Metall Erwerbslose Hannover, Kulturzentrum Pavillon (BI Raschplatz e.V.), Kabarettist Dietrich Kittner (KKK), Prof. Dr. Peter Grottian (FU Berlin), Arbeitskreis "Recht auf Mobilität" Berlin, Werkstatt Süd, DROP IN - FixPunkt (Step), VVN / Bund der Antifaschisten e.V. Hannover, AStA Uni-Hannover, Leibniz Universität Hannover, Friedensbüro Hannover e.V., Diakonisches Werk Hannover, attac Hannover, Bündnis für Soziale Gerechtigkeit (BSG), Das Linksbündnis.Region Hannover, Die Linke.PDS Region Hannover, DKP Kreisvorstand Hannover, WASG Ortsverband Lehrte, Linksruck Hannover, Hannoversches Frauenbündnis, Bürgerinitiative Gartenhaus e.V., Sozialistisches Café Hannover, Türk.Kiosk Leinaustr.16, AllerWeltsLaden Linden, Marxistisch-Leninistische Partei (MLPD) Hannover, Arbeits- und Sozialberatungs-Gesellschaft e.V. (ASG), Bündnis Montagsdemo Hannover, Interkulturhaus Kargah e.V., Sozialinitiative Linden-Limmer e.V. (S.I.L.L.), Projektgruppe "Agenda-2010-kippen", Erwerbsloseninitiative Hannover-Nordstadt, Querkunst Hannover e.V., IG Metall-Erwerbslose Wolfsburg, Initiative Offenes Mikrophon Hannover, Prof. Rainer Roth (AG TuWas Frankfurt/M.), Bündnis Zukunft Hannover, Africa-Forum Hannover, Pogo-Partei Nds. (POP), radio flora - Hannovers Regionalsender

**Kontakt: SozialTicket-Initiative Hannover, c/o KDA Industriefarramt, DGB Hannover, Redaktion @Iptraum.**

Impressum:

“ALP-Traum” ist ein kostenloses Arbeitslosen-Zeitungsprojekt der Projektgruppe “Agenda 2010 kippen” Hannover  
Beiträge: Erwin Stefaniuk (ErSt), Tel. 45 66 13, Heinz-Dieter Grube (HaDe), Tel. 34 21 21, mobil 0151 / 16 56 24 31

**@Iptraum-Redaktion (Alp) - Fotos / Beiträge / Gastbeiträge: Dolf Mielenhausen (DoMi), Tel. 16 22 361**

**Druck im Selbstverlag, verantwortlicher Redakteur: Heinz-Dieter Grube, Schützenstr. 12, 30161 Hannover**

**[www.alptraum.org](http://www.alptraum.org), Tel. 0511 / 34 21 21, Fax 0511 / 34 23 23, Email: [info@gegen-sozialabbau.de](mailto:info@gegen-sozialabbau.de)**

**@Iptraum erscheint monatlich, Auflage: 400 - 2500, ist frei von gewerblichen Anzeigen und Werbung**

**Spendenkonto: H.- D. Grube, Kto. Nr. 249 437 818 4 BLZ 201 100 22 Postbank Hamburg**

Hinweis: Bei diesem Konto handelt es sich um ein der Redaktion Alptraum zur Verfügung gestelltes Sparbuch.

Wir erhalten bei Zahlungseingang keine Information, wer überwiesen hat. Spendenquittungen sind nicht möglich.

Bei Spendeneinzahlung, z.B. für Porto, Zusendung von Papieraussgaben Alptraum, bitte per Email Hinweis geben. Danke.

Impressum:

**Alle Jahre wieder: üstra- und GVH-Fahrpreiserhöhungen ab dem 9. Dezember 2007...**



## Wer hilft in Hannover den Hartz-IV-Betroffenen ?

ASG, Walter-Ballhause-Str. 4	Termin vereinbaren, 44 24 21
ALZ, An der Christuskirche 15	Termin vereinbaren, 167 686-0
IG Metall, Postkamp 12	Termin vereinbaren, 124 02-45
ver.di, Goseriende 10	Termin vereinbaren, 12 400-0
SoVD, Herschelstr. 31	Termin vereinbaren, 70 14 8-21
SVdK, Rote Reihe 15	Termin vereinbaren, 1 31 72 20
pro familia, Goseriende 10	Termin vereinbaren, 36 36 06
[ka:punkt], Gruppenstraße 8	Termin vereinbaren, 27 07 39-0
Hannoversche Linke, Viktoriastraße 42	Termin vereinbaren, 300 69 00

### Zu Risiken und Nebenwirkungen: Erwerbsloseninitiativen befragen!

Die "freien" Beratungsstellen sind finanziell und politisch unter Druck gesetzt, erheben Gebühren. Sie sind oft sogar selbst die Träger von 1-Euro-Job-Zwangseinrichtungen!

## Eingliederungsvereinbarung: Ablehnung aus wichtigem Grund ist zulässig!

Wer aus wichtigem Grund eine Eingliederungsvereinbarung ablehnt, verliert seinen Anspruch auf Arbeitslosengeld II nicht. Der Fall: Dem Hilfebedürftigen war eine Eingliederungsvereinbarung zur Unterschrift vorgelegt, die das Angebot einer ärztlichen Untersuchung zwecks Feststellung der Erwerbsfähigkeit und die Verpflichtung beinhaltet, sich ärztlich untersuchen zu lassen. Nachdem der Hilfebedürftige die Vereinbarung nicht unterzeichnete, wurde ihm das Arbeitslosengeld II (ALG II) für drei Monate gekürzt. Die dagegen gerichtete Klage hatte Erfolg. Das LSG Mainz: *Das Ar-*

*beitslosengeld II wird abgesenkt, wenn sich der Hilfebedürftige weigert, eine Eingliederungsvereinbarung abzuschließen. Das gilt nicht, wenn er einen wichtigen Grund für sein Verhalten nachweist. In diesem Fall hat der Hilfebedürftige den Vertrag aus wichtigem Grund abgelehnt, denn er war rechtmäßig. Die ARGE soll mit jedem erwerbsfähigen Hilfebedürftigen die für seine Eingliederung erforderlichen Hilfen vereinbaren. Voraussetzung dafür ist, dass der Hilfebedürftige erwerbsfähig ist. Damit ist ausgeschlossen, die Vorfrage, ob Erwerbsfähigkeit überhaupt vorliegt, zum Gegenstand einer Einglie-*

*derungsvereinbarung zu machen. Die Behörde muss feststellen, ob der Hilfebedürftige erwerbsfähig ist. Er kann insoweit zu einer ärztlichen Untersuchung aufgefordert werden. Kommt er dieser Aufforderung ohne wichtigen Grund nicht nach, kann das Arbeitslosengeld abgesenkt werden. Es besteht aber kein Grund, die Frage der Erwerbsfähigkeit zum Gegenstand einer Eingliederungsvereinbarung zu machen. - Landesozialgericht Rheinland-Pfalz, 55116 Mainz, Beschluss vom 5. Juli 2007.*

(AZ: L 3 ER 175/07 AS)

Infos unter: [www.justiz.rlp.de](http://www.justiz.rlp.de) und [www.deutschejustiz.de](http://www.deutschejustiz.de) (ErSt)

## Ungekürztes Hartz-IV-Geld bei Kur: Kein Sachbezug-Anrechnung für Verpflegung

Auch wer stationär in einer Reha-Klinik behandelt wird, bekommt das ungekürzte Arbeitslosengeld II. Das Sozialgericht Osnabrück machte die Kürzung durch die Agentur für Arbeit um

200 Euro wegen eines "Sachbezugs für Verpflegung" rückgängig. Das Essen in der Klinik mindere den "Bedarf" des Erwerbslosen nicht und sei kein "zu berücksichtigendes Einkommen", wie

die Agentur für Arbeit argumentiert hatte. (AZ: S 24 AS 189/07) SG Osnabrück  
Quelle: ver.di NEWS 15/07 - (ErSt)

Infos auch im Internet: [www.landessozialgericht.niedersachsen.de](http://www.landessozialgericht.niedersachsen.de)

## Musterwiderspruch gegen zu niedrigen Regelsatz 347 €, beteiligt euch!

Zur Zeit ist der ALG II Regelsatz auf dem Prüfstand vor dem Bundesverfassungsgericht. Die Klage wird durch die Gewerkschaft "IG Metall" unterstützt. Sie/Ihr solltet bei einem evtl. Erfolg Teil-

haber einer evtl. Regelsatz-Nachzahlung sein, falls die Klage Erfolg haben wird. Deshalb ist es unbedingt erforderlich, einen Widerspruch gegen den ALG II Regelsatz einzulegen. Nur dann

könnte eine Nachzahlung erfolgen. Lest dazu den Artikel auf der Homepage von [www.gegen-hartz.de](http://www.gegen-hartz.de). Dort findet Ihr auch einen Musterwiderspruch. (Alp)

## ALG II: Rechtswidrige Senkung der Angemessenheit der Wohnung

Es ist geradezu erschreckend, dass viele Kommunen diesen Weg der rechtswidrigen Leistungskürzung bei ALG II Empfängern gehen, wohl wissend, dass Wohnungen zu den von ihnen festgelegten Angemessenheitskriterien de-

facto nicht vorhanden sind und sie sich so auf Kosten der Bedürftigen bereichern, in dem sie berechnete Forderungen einsparen. Selbst die einfachsten Plattenbauwohnungen sind oft deutlich teurer. Nur Wohnungen, die völlig

"abgewohnt" wurden, auch nur in diesem Zustand angeboten werden, sind zu diesen von den Kommunen zu niedrig vorgegebenen Angemessenheitskriterien (MOG) erhältlich.

Lesen Sie weiter: [www.gegen-hartz.de](http://www.gegen-hartz.de)

## Hartz-IV-Widerspruch: Überprüfungsantrag nach SGB 44, 4-Jahresfrist beachten.

Wenn die Frist für einen Widerspruch auf einen Bescheid bereits abgelaufen ist, oder es sich um weiter zurückliegende Bescheide handelt, kann man lt. § 44 SGB X einen Überprüfungsantrag für den/die betroffenen Bescheid/e stellen.

Das hat Sinn für Bescheide rückwirkend für bis zu 5 Jahren. Die in § 44 SGB X genannte 4-Jahres-Frist beginnt mit Ablauf des Jahres, in dem der Bescheid gültig geworden ist. D.h. man kann am 31.12.2007 noch die Überprüfung eines

Bescheides vom 01.01.2003 beantragen, da die 4-Jahres-Frist dieses Bescheides am 01.01.2004 begonnen hat. Was länger zurück liegt, wird nicht mehr nachgezahlt. Den ganzen Artikel lesen: [www.gegen-hartz.de](http://www.gegen-hartz.de) (ErSt)

**DB-Ticket-Fahrpreiserhöhung in der 2. Klasse ab 9. Dezember 2007 um rd. 3 Prozent!**

## Meldet Vorkommnisse mit Ämtern - wir veröffentlichen !

Beim nächsten Amts-Besuch, zum JobCenter, zum Sozialamt oder zum Wohnungsamt, empfiehlt das ArbeitsLosenPresse-Traumteam, einfach Papier und Stift, auch einen Freund oder eine Freundin mitzunehmen, das Erlebte aufzuzeichnen, zu skizzieren. Es werden zu diesen Themen weiterhin kreativ-zornige AutorInnen bzw. Material-

SammlerInnen gesucht !  
**Greift zu eurer spitzen Feder !**  
 Falls Ihr euch selbst als nicht so begabt einstuft, so liefert uns doch bitte gut fundierten Geschichtsstoff, der den **Wahnsinn der neoliberalen Politik** anhand sich tatsächlich zugetragenen Begebenheiten **aufzeigen und entlarven** kann. Wichtig ist, dass wir den Lügen und

der gezielten Desinformation entgegnetreten. Jeden 3. Dienstag im Monat 18.03-19.00 Uhr stellen wir als Redaktion "Politbüro" Öffentlichkeit auch im Bürgerfunk her. (Alp)  
[alptraum@radioflora.de](mailto:alptraum@radioflora.de)



UKW 106,5 | Kabel 102,15 MHz

## KDA-Propaganda zu 1-€Jobs - "Gelegenheit mach Arbeit" ? **Eher nicht !**

... Gelegenheit macht ....

**Satzbeginn eines Sprichwortes, den der Volksmund kennt, der gerne in: "Gelegenheit macht Diebe" ergänzt wird.** Die Einladung zu einer Podiumsveranstaltung im KDA am 18.10.07 (an der Christuskirche 15) titelte: **"Gelegenheit macht Arbeit"**. Ein Wortspiel zu den Arbeitsgelegenheiten. Die Abkürzung AGH ist der offizielle Sprachgebrauch zu den 1-€Jobs, die in Erwerbslosenkreisen nur wenig beliebt sind, da sie sich um eine gerechte und existenzsichernde Entlohnung der abgeforderten Arbeitsleistung bestohlen fühlen. Gelegenheit macht Diebe, so auch die Meinung der @lptraum-Redaktion zu den von vielen 1-€Job Trägern kassierten JobCenter-Geldern, zu dem Einkassieren der von den Betroffenen abgeforderten Arbeitsleistung, zu den Möglichkeiten der so genannten gemeinnützigen Einrichtungen, z.B. auch Handwerkerrechnungen für diese von 1-€Jobbern erbrachten Leistungen auszustellen, diese gegenüber regulären Handwerksbetrieben auch noch mit dem reduzierten Mehrwertsteuersatz von nur 7% MWSt. Sehr "diebisch" wurden vom Podium, bestehend aus Vertretern der AGH-Träger und dem stellvertretenden Chef des JobCenters der Region Hannover, negative Wahrheiten "geschönt" dargestellt. Als Kenner der Szene konnte mensch sich schon sehr "verarscht" fühlen. Das SGB-II schreibt zu allen Förderungsmaßnahmen vor, dass diese an eine Erfolgsquote zu messen seien. **Der vom SGB-II bestimmte Zweck, das Heranführen an den 1.Arbeitsmarkt wird mit 1-€Jobs nur seltenst erreicht.** Statt dessen nur Wortphrasen zu diesen nicht erreichbaren Erfolgsquoten: **"Über 50% der mit einer AGH bedachten Erwerbslosen erhalten nach Abschluss der**



Befürworter und Nutznießer unter sich ?

**Maßnahmen keine sozialversicherungspflichtige Weiterbeschäftigung"**, so Frau Tina Vosskuhl von der VHS. **Klartext wäre: 85-88% erreichen keine Vermittlung in Arbeit.** Der städtische Stützpunkt Hölderlinstraße sei auch kein Wirtschaftsbetrieb. Herr Gniesmer wies diesen Hinweis energisch zurück. Nach unserer Beobachtung hat er nur insoweit Recht, dass die Bilanz Verluste aufweisen mag, nicht wirtschaftlich gehandelt werden muss. Insider wissen jedoch, wie Ressourcen verschwendet wurden, eimerweise volle Farbkübel zur Müllhalde gefahren wurden, Reinigungswerkzeuge und mehr gebunkert wurden, dass stets durch "Gefälligkeitsdienste" Gewinnverlagerungen an andere städtische Einrichtungen laufen. In AGHs verbrachte Menschen schönen für die JobCenter die BA-Statistik, schaffen den benötigten Ersatz an Arbeitskraft für vorangegangene Streichungen und Stellenabbau im sozialen und kirchlichen Bereich. Wir helfen den Menschen, wir therapieren mit Beschäftigungen, wir sind einfach lieb und gut, so der christliche Anschein, der dem Publikum zu den 1-€Jobs immer wieder vorgeführt wird. Ausbeutung in Arbeit, Zwang zur Annahme dieser 1-€Jobs. Der Begriff

"Gelegenheiten" soll wohl auch wie ein "Schnäppchen" klingen ? Auf Seite 6 dieser Ausgabe ist nachzulesen, wie auch das BundesArbeitsGericht diese Tätigkeiten als "minderwertig" abwertet, in 1-€Jobs keine Arbeitsverhältnisse "erkennt". Abschieben der Verantwortlichkeit in die Sozialgesetzgebung, schnell weiter zur Tagesordnung, so das Fazit dieser so genannten "Rechtsfindung" des BAG. Auf der Strecke bleiben wie oft die in Not gezwungenen Erwerbslosen, die nach dem Strohalm "Zuverdienst durch 1-€ die Stunde" schnappen. Hilfreich bei der Bewerbung zu einer Arbeit sind 1-€Jobs nicht, eher schädlich. Wir hören oft von Menschen, denen die Tatsache, dass sie sich in 1-€Jobs haben zwingen lassen, als ein Hinderungsgrund vorgehalten wird. Und die Träger dieser "Gelegenheiten" ? Welche und dass auch finanzielle Anreize bestehen, von den Trägern werden diese Vorteile seltenst erwähnt, man muss schon selbst diese sprudelnden Quellen benennen, massiv gegen Halbwahrheiten und Heiligenscheine angehen. Wer denn sonst, wenn nicht wir ? Weiterhin gilt: **Wenn Unrecht zu Recht wird, wird Widerstand zur Pflicht !** Die Profiteure helfen uns nichtwirklich. 1-€Jobs schaffen bzw. erhalten Arbeitsplätze für den Vorstand und Verwaltung bei den AGH-Trägern. Es ist irgendwie nicht nachvollziehbar, dass Millionen von gemeinnützigen Tätigkeiten nur noch zu Hungerlöhnen oder ehrenamtlich ausgeführt werden können ? Hartz IV ist ein Instrument, dass Not und Gefügigkeit der in Not Gedrängten erzeugt. Die Wirtschaft boomt, es wird immer dreister nach Billiglöhnern verlangt. **Auf der Folgeseite entlarvt der 'Abschlussbericht zu der Studie über den "dritten Arbeitsmarkt" und Ein-Euro-Jobs'**. die Veranstalter. (HaDe)

**enercity-Stadtwerke: Erdgas-Tarifsenkung ab 1. Nov. 2007 um rd. 5 Prozent !**

## “Dritter Arbeitsmarkt”: Unbezahlte Arbeitspflicht für “Überflüssige”

**Forschungsgruppe legt Abschlussbericht zu einer Studie über den “dritten Arbeitsmarkt” und Ein-Euro-Jobs vor.** Irina Vellay arbeitet für die in Wuppertal ansässige “Stiftung W.”, die unter anderem alternative Wissenschaft und Forschung sowie politische Bildungsarbeit fördert, und hat die Studie mitorganisiert.

Hier das aus der JW übernommene Gespräch mit Irina Vellay:

### Jens Wernicke:

Ihre Forschungen sind vorerst abgeschlossen. Was sind die bedeutendsten Ergebnisse?

### Irina Vellay:

*Die wichtigste Erkenntnis scheint mir zu sein, dass es sich bei den Arbeitsgelegenheiten nicht um ein “arbeitsmarktpolitisches Instrument” handelt, sondern um eine politisch gewollte Förderung des “dritten” oder “sozialen Arbeitsmarktes”.*

### JW: Was heißt das konkret?

### Irina Vellay:

*Das erklärte Ziel der Vermittlung in den ersten Arbeitsmarkt ist eine Worthülse, die verschleiern soll, dass es für viele Menschen keine Verwendung gibt, weil sie bei den harschen Leistungsanforderungen nicht mithalten können. Eine solche rigide Auslese lässt sich allerdings nur durchsetzen, weil es insgesamt ein deutlich größeres Arbeitskräftepotential gibt, als in den Kapitalverwertungsprozess integriert werden kann. Der “dritte Arbeitsmarkt” ist so auch gar kein Markt, sondern beinhaltet die unbezahlte Arbeitspflicht bei Bezug von Transferleistungen für erwerbsfähige Arbeitslose.*

*Aus den uns bislang vorliegenden Ergebnissen können wir begründet vermuten, dass die Einübung von “Arbeit” unter Zwang durch die Obrigkeit sogar eher hinderlich für einen erfolgreichen Wiedereinstieg in einen ersten Arbeitsmarkt ist, der ein hohes Maß an Selbststeuerung fordert.*



Foto: Organisatoren des Kongresses

**JW:** Die Träger, bei denen Ein-Euro-Jobber eingesetzt werden, sollten als gemeinnützig anerkannt sein, die Arbeitsgelegenheiten zudem “zusätzlich” sein...

### Irina Vellay:

*Ja. Allerdings ist unübersehbar, dass immer mehr Versuche gemacht werden, eine private Ausnutzung zu ermöglichen, zum Beispiel über Praktika in Betrieben. Zudem wird deutlich, dass es gar keine “zusätzliche” Arbeit gibt, sondern nur solche, die bezahlt wird, und eben solche, die unbezahlt bleibt. Die immer wieder aufgeführten Handlungsfelder und Tätigkeiten für “gemeinnützige Arbeit” sind regelmäßig Aufgabenfelder de facto öffentlicher Dienstleistungen. Der Unterschied besteht darin, dass mit dem Einsatz von Ein-Euro-Jobbern kein professionelles Leistungsniveau mehr erwartet wird. Bei der Kinderbetreuung z. B. werden die Kinder dann eben im Sinne des Babysitting “verwahrt”. Die “Produktivität” in Ein-Euro-Jobs, wenn sie denn abgefragt wird, beträgt etwa ein Drittel derjenigen in regulärer Beschäftigung.*

**JW:** Wie muss man sich den Arbeitsalltag eines Ein-Euro-Jobbers konkret vorstellen?

### Irina Vellay:

*Häufig haben die Betroffenen sehr viel Arbeit bei wenig Anerkennung jenseits “warmer Worte”. Die Betroffenen*

*müssen oft die letzten, schmutzigsten Arbeiten verrichten, sie werden häufig als Lückenbüßer, Springer oder Urlaubsvertretungen genutzt. In der Regel werden sie nicht in die Arbeitsbeziehungen der regulär Beschäftigten einbezogen.*

*Uns ist beispielsweise der Fall berichtet worden, wo eine Hauswirtschaftshilfe Arbeitstage von bis zu 17 Stunden zu bewältigen hatte. Zugleich wurde die Arbeitszeit je nach Bedarf über mehrere Phasen am Tag verteilt und bei Ausfall anderer Mitarbeiter eine Rufbereitschaft unterstellt. Kein anderer regulär beschäftigter Mitarbeiter hatte derart schlechte Arbeitsbedingungen von der Gesetzwidrigkeit ganz zu schweigen. Da das arbeitsrechtliche Regelwerk auf Ein-Euro-Jobber in der Regel nicht angewandt wird, wird eben alles gemacht, was nicht ausdrücklich verboten ist und das ist viel.*

*Faktisch sind die betroffenen Ein-Euro-Jobber so mit einem rechtsfreien Raum konfrontiert und müssen zu 90 Prozent damit rechnen, dass sie anschließend weiterhin erwerbslos sind. Denn die von ihnen ausgeführten Arbeiten werden am Markt gar nicht nachgefragt.*

**JW:** Welche Schlussfolgerungen ziehen Sie aus den Untersuchungsergebnissen?

### Irina Vellay:

*Wie gesagt, es geht den Herrschenden, vertreten durch die bürgerlichen politischen Parteien, nicht um die proklamierte Verbesserung der Chancen der Betroffenen auf dem ersten Arbeitsmarkt. Insofern sind auch keine der angekündigten Erfolge am ersten Arbeitsmarkt zu erwarten. Hier zeichnen sich Strategien ab, wie man in Zukunft mit den “Überflüssigen” in der Gesellschaft umgehen will.*

Quelle: Junge Welt.

Der Forschungsbericht “Der ‘workfare state’ Hausarbeit im öffentlichen Raum” ist als pdf-Datei im Internet verfügbar. [www.stiftung-w.de/](http://www.stiftung-w.de/) (Alp) [www.jungewelt.de/2007/10-22/030.php](http://www.jungewelt.de/2007/10-22/030.php)

Unterstützt unsere ehrenamtliche Arbeit. Spendenkonto:

H.-D. Grube, Kto. Nr. 249 437 818 4 BLZ 201 100 22 Postbank Hamburg

Hinweis: Bei diesem Konto handelt es sich um ein der Redaktion Alptrraum zur Verfügung gestelltes Sparbuch.

Wir erhalten bei Zahlungseingang keine Information, wer überwiesen hat. Spendenquittungen sind nicht möglich.

Bei Spendenzahlung, z.B. für Porto, Zusendung von Papieraussagen Alptrraum, bitte per Email Hinweis geben Danke.



**E.on-Avacon: Strom um 7,5 % und Gas um 4,9 % ab 1.1.2008 teurer !**

## @lptraum-Info: Sozialkaufhaus **fairKauf** öffnet Anfang des Jahres 2008

**Hannover bekommt ein Kaufhaus für Arme:** Aus Privathaushalten gespendete Möbel, Textilien oder Elektrogeräte sollen ab Januar 2008 im ehemaligen Möbelhaus Borsum in der Fußgängerzone Limburgstraße verkauft werden. Im Erdgeschoss und der 1. Etage ist Ende September 2007 bereits die Kaffeekette Balzac-Coffee eingezogen. In unmittelbarer Nachbarschaft befinden sich ein Erotik-Shop sowie das CVJM-City-Hotel. **Hinter fairKauf - so der künftige Name des Kaufhauses - steht eine Genossenschaft. Diakonie, Caritas und der Sozialverein Werkheim haben sie gegründet.** Auf drei Etagen mit 750 Quadratmetern Verkaufsfläche sollen die Waren aus zweiter Hand angeboten werden. Wer Gebrauchtmöbel spenden will, kann diese abholen lassen. **fairKauf**-Mitglieder helfen beim Schleppen, Montieren und Entsorgen. Die Genossenschaft will ein Netz aus Firmen engagieren, das den Transport übernimmt. **"Die Waren sollten aber in einem guten Zustand sein", sagte Vorstandsmitglied Reinhold Fahlbusch.**

**"Wir haben keine Preisschilder auf denen steht 'Preis für Arme', 'Preis für Reiche'",** so der Leiter des Diakonischen Werkes Hannover, Pastor Walter Lampe. Auch wohlhabendere Menschen auf der Suche nach einem Schnäppchen oder besonderen Möbelstück seien im



Sozialkaufhaus willkommen. **"Die Menschen sollen miteinander ins Gespräch kommen."** Die Erfahrung anderer Sozialkaufhäuser sei, das Wohlhabendere nach einem Kauf öfter mit einer Geld- oder Sachspende das Projekt unterstützen. **Obwohl ausgedienter Hausrat und alte Möbel sehr willkommen seien, stellte Pastor Lampe klar: "Wir sind kein Entsorgungsbetrieb."**

**"Das Sozialkaufhaus ist ein Experiment in der sozialen Stadtentwicklung",** sagte Manfred Becher, Diakon und Geschäftsführer des Caritasverbandes Hannover. Das Startkapital der Genossenschaft beträgt 150.000 Euro. - Vierzig Vollzeit-arbeitsplätze sind geplant. Erwerbslose sollen in dem **fairKauf**-Kaufhaus für den Wiedereinstieg in den Beruf trainiert und nach Möglichkeit später von anderen Geschäften übernommen werden. An der Genossenschaft können sich Einzelpersonen und Firmen mit einer Einlage

von 50 Euro an beteiligen. **"Die Mitglieder haben gleichviel Stimmrecht - egal, wie viel Kapital sie investieren",** erläuterte Rechtsanwalt Carl-Alexander Schiedat, Mitglied im Aufsichtsrat der neu gegründeten Genossenschaft. In ein bis zwei Jahren hoffen die Organisatoren schwarze Zahlen mit **fairKauf** zu schreiben. Bei aller Freude auf das erste hannoversche Sozialkaufhaus sprachen die Akteure Diakon Manfred Becher, Pastor Walter Lampe, Carl-Alexander Schiedat und Reinhold Fahlbusch auch von gemischten Gefühlen angesichts der bevorstehenden Eröffnung. **"Der Boom von Tafeln, Kleiderläden und Sozialkaufhäusern ist nichts anderes als ein Zeichen von Armut",** sagte Becher. **"Die Schere zwischen Arm und Reich klafft in unserem Land und in unserer Stadt immer weiter auseinander."**

Pastor Walter Lampe nannte dazu Zahlen: **"96.000 Menschen leben in Hannover unterhalb der Armutsgrenze."** **fairKauf**-Häuser innerhalb des Caritasverband e.V. (nicht verwechseln mit fairKauf-Produkten in Bio- oder Dritte-Welt-Läden) gibt es teilweise schon seit über zehn Jahren in Mannheim, Freiburg, Stuttgart, Konstanz, Duderstadt, Weingarten, Aichach oder Neu-Ulm.

Infos: [www.caritas-hannover.de](http://www.caritas-hannover.de) und [www.diakonie-hannover.de](http://www.diakonie-hannover.de) (ErSt)

## Geht die Diakonie mit **"fairKauf"** auch fair mit den Beschäftigten um ?

**Vierzig Vollzeit-arbeitsplätze sind geplant ? Erwerbslose sollen in dem fairKauf-Kaufhaus für den Wiedereinstieg in den Beruf trainiert und nach Möglichkeit später von anderen**

**Geschäften übernommen werden ?** Soweit wie stets nur **Absichtserklärungen.** "Nach Möglichkeit in anderen Geschäften übernommen werden" heißt doch im Klartext: **Erwerbslose werden**

**nicht wie erhofft in Arbeitsverhältnissen kommen ?** Sie erhalten im **fairKauf**-Kaufhaus lediglich die übliche **"1-€-Job-Trainings-Therapie"** ? Unterlasst bitte Lügen zu Arbeitsverhältnissen ! (HaDe)

## BundesArbeitsGericht Erfurt: "1-€uro-Job" ist kein Arbeitsverhältnis !

Kein Arbeitsvertrag, keine tarifliche Entlohnung, kein Kündigungsschutz: **Wer einen Ein-€uro-Job hat, kann keinen Anspruch auf eine angemessene Vergütung erwarten. Die über 300.000 Ein-€uro-Jobber in Deutschland haben nach einem Gerichtsurteil keinen Anspruch auf Arbeitslohn und einen Arbeitsvertrag.** Bei den auch "Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung" (MAE) genannten Ein-€uro-Jobs handele es sich nicht um ein Arbeitsverhältnis, entschied das Bundesarbeitsgericht in Erfurt am 26.09.2007 in einem Grundsatzurteil. Es gebe weder einen Arbeitsvertrag noch tarifliche Entlohnung und

Kündigungsschutz. Die Ein-€uro-Jobs seien vielmehr "öffentlich-rechtlicher Natur". **Ein Anspruch auf Arbeitsvergütung bestehe daher nicht, entschieden die BAG-Richter.**

Damit scheiterte die Klage einer Ein-€uro-Jobberin aus Rheinland-Pfalz ab, die bei einer Gemeinde eine Reinigungskraft in ihrer Arbeit unterstützen sollte. Für die bis Ende 2005 befristete Tätigkeit erhielt sie neben den Leistungen gemäß Hartz IV noch eine so genannte Mehraufwandsentschädigung in Höhe von 1,25 € pro Stunde. In ihrer Klage führte die Empfängerin von Arbeitslosengeld II an, sie sei als reguläre Arbeitskraft eingesetzt worden.

Damit habe sie keine wettbewerbsneutrale und zusätzliche Arbeit ausgeübt, wie dies das Sozialgesetzbuch vorschreibt. Aus Sicht der Klägerin sei daher ein normales Arbeitsverhältnis mit entsprechendem Lohnanspruch entstanden. Die Richter waren anderer Auffassung. Es habe gar kein Arbeitsverhältnis bestanden. **Ob die Ein-€uro-Jobs wettbewerbswidrig eingesetzt werden, werde vom Bundesarbeitsgericht nicht geprüft. Hier handele es sich um ein Problem aus dem Sozialrecht.**

(Aktenzeichen: 5 AZR 857/06)

Weitere Infos unter: [www.bundesarbeitsgericht.de](http://www.bundesarbeitsgericht.de) (DoMi)

**ALG II-Regelsatz zu niedrig ? - Widerspruch einlegen ! - Infos siehe AZ: 1 BvR 1840/07**

## Buchtipps: Wie die Weltrevolution einmal aus Versehen im Schwarzwald begann

Mein Leben zwischen Mao, Che und anderen Models von **Adrian Geiges**: **"Die Tätigkeit des Berufsrevolutionärs endet mit dem Tod, hieß es. Das gefiel mir, da hatte ich eine Perspektive für den Rest des Lebens..."**

Von der humorfreien Kadenschmiede übers quotengeile Privatfernsehen zum Manager eines Weltkonzerns nach China: Ein Abenteuer seiner Generation erzählt. Schmale Schultern, Kordhose, Brille, Nichtraucher, schüchtern - und trotzdem gilt Adrian Geiges im beschaulichen Staufeu als Rebell und Bürgerschreck. Denn Adrian ist Mitglied der SDAJ, der Jugendorganisation der DKP. Friedensbewegt und theoriefest in Sachen Mao, Marx und Lenin träumt er

davon, als Berufsrevolutionär das bürgerliche Leben hinter sich zu lassen. Doch Adrian ist nicht nur Kommunist, sondern vor allem "Pragmatist". Und macht sich mit Elan auf seinen langen Marsch durch die Institutionen: Als Reporter für Sex und Partnerschaft schreibt er für die sozialistische Variante der Bravo, wühlt als Quotennutze des Privatfernsehens im Moskauer Rotlichtmilieu, erobert für einen Weltkonzern das Reich der Mitte und lässt auch die Shanghaier Schönheiten nicht unberührt.

*Das Leben ist zu kurz für langweilige Bücher!* - Eichborn Verlag 2007, ISBN: 3821856610, 320 Seiten, 19,95 Euro - Infos: [www.eichborn-verlag.de](http://www.eichborn-verlag.de) (ErSt)



## @lptraum-Lesetipp inkl. CD: Hartz IV - Alles, was Sie wissen müssen



**So setzen Sie Ihre Ansprüche durch - Bescheid wissen, beantragen, durchsetzen!** - von Dr. Thomas Rosky  
Der Leitfaden durch den Paragrafen-Dschungel: so sieht die aktuelle Rechtslage aus. (Mit Musterbriefen auf beiliegender CD-ROM) - **Was können Sie vom Staat verlangen? - Was kann der Staat von Ihnen verlangen?**

Das Schreckgespenst Hartz IV mit all seinen Vorschriften und Regelungen - hier wird es unter die Lupe genommen. Dieser neue Leitfaden informiert Betroffene über ihr gutes Recht und zeigt, dass bei 345 Euro noch lange nicht Schluss sein muss! (*Neuer Regelsatz ab*

*Juli 2007: 347 Euro*) Kompakt und verständlich wird die Rechtslage anhand von Beispielen erläutert. Und Sie erfahren im nächsten Schritt, wie Sie Ihre Ansprüche durchsetzen können. Musterbriefe erleichtern Ihnen den Umgang mit Behörden und (wenn's sein muss) Gerichten. Mit den Checklisten können Sie sich vergewissern, ob Sie an alles gedacht haben - damit Ihnen kein Geld verloren geht. Weltbild Verlag Augsburg, Originalausgabe 2007, ISBN: 9783898976718, 224 Seiten, gebunden, inklusive CD-ROM, 7,95 Euro - Infos: [www.weltbild.de](http://www.weltbild.de) oder [www.gegen-hartz.de](http://www.gegen-hartz.de) (DoMi/ErSt)

## noch'n @lptraum-Buchtipps im November: "Tatort Gutfleischstraße"

### Tatort Gutfleischstraße

Die fieson Tricks von Polizei und Justiz **12 Menschen machen eine Gedichteslesung ... und landen im Polizeiknast mit dem Vorwurf, einen Brandanschlag versucht zu haben.**

Einen Brandsatz haben sich die Bullen selbst gebastelt. Das glaubt niemand? Die Polizeiakten selbst belegen es. Aber das ist nur ein Fall: Verfolgung wegen Graffiti, die es nie gab. Gipsabdrücke von Schuhen des Täters, die aber nicht am Tatort, sondern von der Polizei später selbst hergestellt wurden. Videofilme der Polizei verschwinden, Falschaussagen werden gedeckt:

**Ein erschreckendes, zuweilen witziges und immer spannendes Buch mit**

**konkreten Fällen, Auszügen aus nichtöffentlichen Polizei- und Gerichtsakten – ein tiefer Blick hinter das Grauen von Polizei- und Justizalltag!** Das Leben ist ein Bond-Film. Fast so spannend wie selbst Aktionen machen!

18 Euro ISBN 978-3-86747-016-2  
196 S., fast quadratisches Großformat: 22,5 cm hoch, 24 cm breit.  
Viele Originalauszüge aus den Akten plus Fotos vom Geschehen.  
Terminliste zu laufenden Veranstaltungen mit den Fallbeispielen - spannend aufgemacht als Mischung aus Vortrag, Kriminalroman, Kabarett und Straftat!  
Kontakt: [autorinnen@seitenhieb.info](mailto:autorinnen@seitenhieb.info)  
Fazit: **Widerstand ist Pflicht!** (HaDe)



**"Die Reformen der Agenda 2010 seien nicht die zehn Gebote. Und niemand, der daran mitgearbeitet hat, sollte sich als Moses begreifen."**

Ex-Kanzler Gerhard Schröder (SPD) im Oktober 2007

**Polizeihandeln ohne gesetzliche Grundlage ist Unrechthandeln!**

# @l p t r a u m

kostenlose Hannoversche Zeitung gegen Sozialabbau

November - 2007

Unabhängig und absolut parteiisch

Jahrgang 3, Ausgabe 11

## +++ lokal und aktuell +++

### Mitstreiter findet ihr hier:



#### Montags - Demo - Hannover

Montags von 18.00 Uhr bis 19.00 Uhr  
Offenes Mikrofon für jederman/frau & Kundgebung  
Innenstadt, Georgstraße / Schiller-Denkmal  
"Aufstehen gegen den Sozialkahlschlag!"

#### [ka:punkt] Beratungs- und Behandlungsstelle

Gruppenstraße 8 (Innenstadt) 30159 Hannover  
"Offene Tür": ein Angebot der katholischen Kirche  
Mo. - Fr. 10.00 - 18.00 Uhr, Sa. nur bis 14.00 Uhr  
Anmeldung Beratung / Info: Telefon 0511 / 270 739-0

#### IG Metall-Arbeitskreis "Erwerbslose"

Jeden 1.+3. Mittwoch im Monat 10.00 - 12.00 Uhr  
IG Metall - Haus, Postkamp 12, 30159 Hannover

#### ver.di-Erwerbslosenausschuss Hannover

Jeden 1. Mittwoch im Monat 15.00 Uhr - 18.00 Uhr  
in der Rotation, ver.di - Höfe, Haus C  
Goseriede 10, 30159 Hannover (Üstra-Linie 10 +17)  
ver.di - ELO im Bezirk Hannover Leine-Weser  
E-Mail: [Erwerbslose.verdi-Hannover@web.de](mailto:Erwerbslose.verdi-Hannover@web.de)

#### erzählcafé bürgerinitiative gartenhaus

Mittwochs ab 16.00 Uhr, Am Judenkirchhof 11c,  
30167 Hannover-Nordstadt, Tel. 0173-7865348  
in Zusammenarbeit mit "querkunst hannover"  
E-Mail: [wulf.huehn@querkunst-hannover.de](mailto:wulf.huehn@querkunst-hannover.de)

#### Arbeitskreis Arbeitslose Linden

Donnerstags 10.00 Uhr - 12.30 Uhr  
im Freizeitheim Linden (Raum U 5)  
Fred-Grube-Platz 1, 30451 Hannover  
E-Mail: [info@arbeitslosenkreis-linden.de](mailto:info@arbeitslosenkreis-linden.de)

#### ... und im Anschluss in's "Café Net(t)"

Limmerstraße 5 / Küchengarten (Üstra-Linie10+700)

#### offener Abend bürgerinitiative gartenhaus

Freitags ab 20.00 Uhr, Am Judenkirchhof 11c,  
30167 Hannover-Nordstadt,

#### Projektgruppe "Agenda 2010 kippen"

E-Mail: [info@gegen-sozialabbau.de](mailto:info@gegen-sozialabbau.de)

Jetzt reicht's! **Politiker, die uns plagen, Jetzt reicht's!  
werden wir verjagen!**



[www.gegen-sozialabbau.de](http://www.gegen-sozialabbau.de) [www.alptraum.org](http://www.alptraum.org)



@lptraum: [info@gegen-sozialabbau.de](mailto:info@gegen-sozialabbau.de)

### +++ Termine im November +++ @lptraum-Termine November 2007:

#### Donnerstag, 1. Nov. 2007, 1038 Tage Hartz IV:

Uneins - aber einig? Ausstellung und Begleitveranstaltungen  
der Friedrich-Ebert-Stiftung, bildungswerk ver.di und DGB zur  
Geschichte des Verhältnisses von SPD und Gewerkschaften.  
(vom 24.10. bis 18.11.2007) - Infotelefon: 05 11 - 12 400 414  
ver.di-Höfe, Haus C, Rotation, Goseriede 10, 30159 Hannover

#### Damals vor 75 Jahren, ... anno 4. Nov. 1932:

In Prag wird ein Arbeitsdienst für Erwerbslose eingeführt. Die  
Betroffenen müssen an drei Tagen pro Woche in öffentlichen  
Projekten arbeiten und erhalten dafür Lebensmittelgutscheine.

#### Dienstag, 6. Nov. 2007, 17.30 bis 19.30 Uhr:

AfterWorkBildung 2007: Carpe diem - nutze den Tag!  
**BETZAVTA - Training für Demokratie und Toleranz**  
ver.di-Höfe, Rotation, Goseriede 10, 30159 Hannover

#### Donnerstag, 8. Nov. 2007, 10.00 bis 17.00 Uhr:

SCIENCE-D@Y 2007: "GuteArbeit" - Gesellschaftliche  
Rahmenbedingungen und betriebliche Praxis (Betriebs-  
und Personalräteschulung / Leibniz Universität Hannover)  
Ort: Leibnizhaus, Holzmarkt 4-6, 30159 Hannover-Altstadt

#### Donnerstag, 15. November 2007, 19.00 Uhr:

» Soziale Bewegungen und Arbeiterbewegung in Hannover«  
Vortrag + Diskussion mit Prof. Dr. Heiko Geiling, Uni Hannover  
ver.di-Höfe, Haus C, Rotation, Goseriede 10, 30159 Hannover

#### Donnerstag, 22. November 2007, 19.30 Uhr:

wulf hühn - das blaue wunder - literarische chansons  
Café Les Ersatz, Limmerstr. 82, 30449 Hannover-Linden

#### Samstag, 24. Nov. 2007, 11.00 bis 22.00 Uhr:

3. Regionaltreffen der nordd. Montagsdemos in Bremen  
Rückblick: 4. Bundesweite Demo vom 13.10.2007 in Berlin...  
Infos: Initiative Bremer Montagsdemo - Telefon 0421-705687

#### Dienstag, 27. November 2007, 18.00 Uhr:

Konflikte am Arbeitsplatz: "Mach hier jetzt aus einer Mücke  
keinen Elefanten..." Fachbereich 8: Medien, Kunst u. Industrie  
ver.di-Höfe, Haus C, Rotation, Goseriede 10, 30159 Hannover

#### Donnerstag, 29. Nov. 2007, "1-Euro-Job-@gentur"

Seit über 11 Jahren: traditioneller Jagoda-Gerster-Weise-Tag  
Verkündung der aktuellen @rbeitslosenzahlen für November  
Infos siehe : <http://statistik.arbeitsamt.de/statistik/index.php>  
Termine für zentrale Pressekonferenzen: [www.arbeitsagentur.de](http://www.arbeitsagentur.de)

**Laut Regelsatz stehen ALG II- und Sozialgeld-Empfängern  
monatlich 4,63€ für "Freizeit & Kultur" zur Verfügung!  
Der Mobilitätsanteil beträgt 14,-€ für den BG-Vorstand**



Unterstützt unsere ehrenamtliche Arbeit.  
Spendenkonto: H.-D. Grube, Kto. Nr. 249 437 818 4  
BLZ 201 100 22 Postbank Hamburg

@lptraum gelesen und als interessant befunden ? Mitmachen - Weitergeben